

# Erfahrungen von LGBT-Personen mit Diskriminierung und Hasskriminalität in der EU und Kroatien

*Laut Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist die Würde des Menschen unantastbar. Sie ist zu respektieren und zu schützen. Artikel 21 garantiert das Recht auf Nichtdiskriminierung, das auch die sexuelle Ausrichtung einschließt. Der Grundsatz der Gleichbehandlung stellt einen Grundwert der Europäischen Union dar. Er gewährleistet sowohl die Achtung der Menschenwürde als auch das Recht auf volle Beteiligung bei gleichen Voraussetzungen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben.*

## Politischer Hintergrund

Eine zunehmende Anzahl internationaler und nationaler Entwicklungen befassen sich mit den Grundrechten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen (*Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender*, LGBT). Standards zu Nichtdiskriminierung und Gleichheit für LGBT-Personen wurden von der Europäischen Union (EU), dem Europarat und den Vereinten Nationen (UN) weiterentwickelt oder gestärkt. Sexuelle Ausrichtung und Geschlechtsidentität werden zunehmend als Diskriminierungsgründe in europäischen und nationalen Rechtsvorschriften anerkannt.

Im Jahr 2010 ersuchte die Europäische Kommission die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), vergleichbare Daten zu den Erfahrungen von LGBT-Personen mit Diskriminierung und Hassverbrechen in allen EU-Mitgliedstaaten und Kroatien zu erheben. Daraufhin startete die FRA im Jahr 2012 eine EU-weite LGBT Online-Umfrage, bei der 93 079 Antworten eingingen. Die Umfrage liefert umfangreiche, vergleichbare Daten, aufgrund derer die FRA Schlussfolgerungen zieht und eine faktengestützte Grundrechtsberatung bietet. Diese sollen den Organen, Einrichtungen und Mitgliedstaaten der EU helfen, die Bedrohung der Grundrechte, denen LGBT-Personen ausgesetzt sind, zu erkennen und zu bekämpfen. Zielgerichtete gesetzliche und politische Maßnahmen sollen Schutz und Einhaltung der Grundrechte von LGBT-Personen garantieren.

## Wichtigste Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen, dass LGBT-Personen in der heutigen Gesellschaft in der EU häufig darunter leiden, sich in Schule, Beruf und Öffentlichkeit nicht offenbaren zu können. Viele verheimlichen ihre Identität und leben in Isolation oder sogar Angst. Andere erfahren wiederum Diskriminierung und

sogar Gewalt, wenn sie sich offen zu ihrer sexuellen Ausrichtung bekennen. Die Wahrnehmungen und Erfahrungen der UmfrageteilnehmerInnen mit Diskriminierung, Belästigung und Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität unterscheiden sich zwischen den verschiedenen Ländern. Dies gilt auch für ihre Eindrücke vom Ausmaß einer negativen gesellschaftlichen Einstellung gegenüber LGBT-Personen sowie für Vermeidungsstrategien, auf die sie aus Angst vor Angriffen, Bedrohungen oder Belästigungen zurückgreifen.

- Etwa die Hälfte (47 %) aller LGBT-Personen, die an der Umfrage teilnahmen, haben innerhalb eines Jahres vor der Umfrage persönlich Diskriminierung oder Belästigung aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung erfahren.
- Mehr als 80 % der UmfrageteilnehmerInnen in allen EU-Mitgliedstaaten erinnerten sich an negative Bemerkungen oder Mobbing gegenüber jugendlichen LGBT-Personen in der Schule.
- Zwei Drittel (67 %) aller UmfrageteilnehmerInnen haben ihre sexuelle Ausrichtung während ihrer Schulzeit bis zum Alter von 18 Jahren häufig oder immer verheimlicht bzw. verschwiegen.
- Jede/r fünfte TeilnehmerIn, die/der in den 12 Monaten vor der Umfrage beschäftigt und/oder auf Stellensuche war, fühlte sich hierbei im vergangenen Jahr diskriminiert. Bei der Gruppe der Transgender-Personen erhöht sich diese Zahl auf ein Drittel.
- Von den TeilnehmerInnen, die im Jahr vor der Umfrage ein Café, ein Restaurant, eine Bar oder einen Nachtclub besucht hatten, gab etwa ein Fünftel (18 %) der Personen an, sich im vergangenen Jahr in solchen Lokalisationen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung diskriminiert gefühlt zu haben.
- Ein Viertel (26 %) aller UmfrageteilnehmerInnen war in den vergangenen fünf Jahren Opfer von Angriffen oder Gewaltandrohungen geworden.
- Etwa ein Drittel aller teilnehmenden Transgender-Personen ist im Jahr vor der Umfrage mehr als drei Mal Opfer von Gewalt oder Gewaltandrohungen geworden.
- Eine Mehrheit der UmfrageteilnehmerInnen, die im vergangenen Jahr Gewalt erfahren hatten (59 %), gab an, dass der letzte Angriff bzw. die letzte Gewaltandrohung teilweise oder vollständig deshalb stattgefunden habe, weil sie als LGBT-Person wahrgenommen worden seien.
- Weniger als ein Fünftel (17 %) brachte den jüngsten Vorfall von hassmotivierter Gewaltanwendung

ihnen gegenüber bei der Polizei zur Anzeige. Etwa 66 % der UmfrageteilnehmerInnen in allen EU-Mitgliedstaaten wagen es nicht, in der Öffentlichkeit die Hand ihres gleichgeschlechtlichen Partners zu halten. Bei homo- und bisexuellen Männern lag dieser Anteil bei 74 % bzw. 78 %.

- Mehr als vier Fünftel aller UmfrageteilnehmerInnen gaben an, dass beiläufige Witze über LGBT-Personen im Alltag weit verbreitet seien.
- Knapp die Hälfte aller TeilnehmerInnen an der Umfrage war der Meinung, dass beleidigende Äußerungen gegenüber LGBT-Personen durch Politiker in ihrem Heimatland weit verbreitet seien.

## Faktengestützte Grundrechtsberatung

Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse, die diese Umfrage zutage förderte, zog die FRA eine Reihe von Schlussfolgerungen und erarbeitete eine faktengestützte Grundrechtsberatung, um so die Entwicklung von gesetzlichen und politischen Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene zu unterstützen.

### Eine sichere Umgebung für Bildung schaffen

Die EU-Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass Schulen für jugendliche LGBT-Personen eine sichere und unterstützende Umgebung bieten, in der Mobbing und Ausgrenzung keinen Platz hat. Hierzu gehört, Stigmatisierung und Marginalisierung von LGBT-Personen zu bekämpfen und die Vielfalt zu fördern. Schulen sollten dazu angehalten werden, Maßnahmen gegen Mobbing zu ergreifen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass objektive Informationen zu sexueller Ausrichtung, Geschlechtsidentität und geschlechtlichen Ausdrucksformen Teil des Lehrplans werden, um Respekt und Verständnis bei LehrerInnen und SchülerInnen zu stärken und auf die Probleme von LGBT-Personen aufmerksam zu machen.

### Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung und geschlechtlicher Identität bekämpfen

Eine pluralistische und inklusive soziale Umgebung, die auf dem Grundsatz der Gleichheit basiert und in der EU-Charta der Grundrechte verankert ist, trägt zu einem Umfeld bei, in dem LGBT-Personen offen und frei leben und sich offenbaren können.

Zur Stärkung systematischer und koordinierter Maßnahmen gegen Diskriminierung sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten Aktionspläne entwickeln, die den Respekt gegenüber LGBT-Personen und den Schutz ihrer Grundrechte fördern, und/oder LGBT-bezogene Themen in ihre nationalen Aktionspläne und Strategien für Menschenrechte einbeziehen. Besonderes Augenmerk sollte den Herausforderungen gelten, denen sich Transgender-Personen und junge LGBT-Personen in Anbetracht ihrer jeweiligen Lebensumstände ausgesetzt sehen. Die EU könnte den Austausch vielversprechender Praktiken unterstützen, die aktiv den Respekt gegenüber LGBT-Personen fördern. EU-Mitgliedstaaten sollten sich für eine ausgewogenere öffentliche Meinung über LGBT-bezogene Themen einsetzen, indem sie den Dialog mit wichtigen Akteuren ermöglichen. Um die Grundrechte von LGBT-Personen zu stärken, bedarf es zudem entschlossener und positiver politischer Führung.

## LGBT-Opfer von Hassverbrechen anerkennen und schützen

Jede Person hat Anspruch darauf, dass ihr Recht auf Leben, Sicherheit und Schutz vor Gewalt unabhängig von ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität respektiert wird.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die Einführung von Rechtsvorschriften über homo- und transphobe Hassreden und Hassdelikte in Erwägung ziehen, so dass LGBT-Personen gleichermaßen geschützt sind. Die EU-Mitgliedstaaten werden auch dazu ermutigt, LGBT-Personen, die Opfer von Hassverbrechen geworden sind, besser anzuerkennen und zu schützen, indem sie homo- und transphoben Hass als mögliche Motive in die nationale Gesetzgebung zu vorurteilsgeleiteten Straftaten aufnehmen. Auch Schulungen für Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden, etwa zur Erfassung von entsprechenden Vorfällen, sollten in Betracht gezogen werden.

### Gleichbehandlung im Arbeitsleben sicherstellen

Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität sollte im Unionsrecht ausdrücklich verboten werden. Die EU sollte weiterhin die Effektivität nationaler Beschwerdestellen und -verfahren überwachen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten Gleichbehandlungsstellen und andere nationale Beschwerdemechanismen dabei unterstützen, LGBT-Personen über ihren Auftrag und ihre Verfahren zu informieren, um das Bewusstsein für Diskriminierung zu stärken.

### Diskriminierung außerhalb des Berufslebens

Der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung könnte in allen EU-Mitgliedstaaten deutlich verbessert werden, wenn das EU-weite Verbot solcher Diskriminierungen über den Bereich des Berufs und der Beschäftigung hinausgehen würde. Dies regte die Europäische Kommission in ihrem *Vorschlag für eine Richtlinie des Rates vom 2. Juli 2008 zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung* an. Bei der EU-Gesetzgebung sollte in Betracht gezogen werden, Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität bei sämtlichen bestehenden und künftigen EU-Rechtsvorschriften ausdrücklich zu einer Form der Diskriminierung zu erklären.

### Weitere Informationen:

Die beiden FRA-Berichte zu den Ergebnissen der Umfrage – *LGBT Umfrage in der EU: Ergebnisse auf einen Blick (EU LGBT survey – Results at a glance)* und *LGBT Umfrage in der EU: wichtigste Ergebnisse (EU LGBT survey – Main results)* – sind verfügbar unter:

<http://fra.europa.eu/en/publications-and-resources>

Das Online-Tool zur Visualisierung der Daten, der „EU LGBT survey data explorer“, ist abrufbar unter:

<http://fra.europa.eu/en/lgbt-survey-results>

Einen Überblick über die Aktivitäten der FRA zu den Grundrechten von LGBT-Personen finden Sie unter:

<http://fra.europa.eu/en/theme/lgbt>.